Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Numm. 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme außerdem: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 1 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von nicht abonnirten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer müssen nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pfge.

Hut-Fabrik C. F. Lehmann,
Königlicher Hoflieferant,
Scheffelstrasse Nr. 24,
Vom Vater gegr. im Jahre 1810, mit der Hutfabrik Albert Rost vereinigt 1873.
ff. Seidenhüte, Filzhüte, Uniform-, Jagd-, Livreehüte, Stroh-, Stoff-, Panama-, Palmhüte, Knabenhüte, Mützen.

Selbstthätige
Wasserförderungsanlagen
für Staatsbauten mit nachweislich bestem Erfolge angewendet. Für kleinere Städte, Landgemeinden, einzelne Güter, Landhäuser, Fabriken etc. liefere ich (unter Garantie) selbstthätig arbeitende Wassermotore zum Fördern von Wasser auf jede beliebige Höhe und Entfernung. — Leistungsfähigkeit 1000 bis 100,000 Liter pro Tag. **Merkel jun.**, Dresden.

Haasenstein & Vogler, Dresden
(älteste Annoncen-Expedition)
Wilsdruffer-Strasse Nr. 39, I.
Prompte Beförderung von Anzeigen an alle Zeitungen der Welt zu tarifmässigen Preisen ohne Nebenkosten. Vor-Anschläge, Kataloge, Offerten-Annahme etc. gratis.

Nachttelegramme. Graudenz. Durch die Granatexplosion wurden getödtet die Hauptleute Brücker, brandend. Feldartillerie und Schmid, westphäl. Fußartillerie (beide Mitglieder der Artillerie-Prüfungskommission).

London. Der Herzog und die Herzogin Connaught eröffneten die internationale Wollausstellung im Krystallpalast. — In Bondyke (Irland) versuchten die Executoren die Exmissionsbefehle gegen einige Wächter auszuführen. Die Bevölkerung rottete sich zusammen und feuerte auf das den Executoren beigegebene Militär und die Polizeimannschaften. Diese erwiderten das Feuer und tödteten einen Tumultuanten und verwundeten mehrere. — Forster hat seine Abreise aufgeschoben.

Nr. 154. Witterung vom 2. Juni: Barometer nach Osten Visold, Wallstraße 15 (Stadt. 6 U.) 704 Mill., seit gestern unverändert. Thermometrogr. n. Reaum.: 16½ ° W., niedr. Temp. 9½ ° W., höchste Temp. 20½ ° W. Nord-West-Wind. Wolkenlos. Aussichten für den 3. Juni: Vorwiegend stark bewölkt, warm, gewitterhaft.

Freitag, 3. Juni.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Auf ängstliche Gemüther wirkt die Wahrnehmung, daß auch die Sozialdemokraten sich für eine bestimmte Maßregel erklären, sofort abschreckend. Das kann unmöglich etwas Heilsames sein, meinen sie, was jene Partei erstrebe. In dieser Allgemeinheit ist der Satz entschieden falsch und gefährlich. Alle Welt giebt zu, daß einige Bestrebungen der Sozialdemokratie einen berechtigten Kern haben. Wollte man jede Reform, sie sei noch so geboten, deshalb unterlassen, weil auch die Sozialdemokraten damit einverstanden sind, so verknöcherte und erstarrte unser Staats- und Gesellschaftsleben und würde in Kürze eine Beute jener Partei. Deshalb schreckt uns auch der sozialistische Beigeschmack, den das Arbeiterunfallversicherungsgesetz hat, nicht im Mindesten und die Genugthuung, welche die Führer dieser Partei über den Grundgedanken des Gesetzes kundgeben, kann uns nicht gruselig machen. Schon der gegenwärtige Staat kennt eine Anzahl sozialistischer Einrichtungen, deren Existenz die strengsten Konservativen wie die extremsten Sozialdemokraten für unerläßlich halten. Wir erinnern nur an die Reichspost und an die Staatseisenbahnen. Der Staatsgewalt wird man, dahin drängt unsere ganze Entwickelung, einen weit größeren Raum im wirthschaftlichen Leben einräumen müssen. Das hat man auch in der Heimath des wirthschaftlichen Liberalismus, des Manchesterthums in England längst erkannt. Setzt also jetzt der Staat den Hebel an, auf dem Schlachtfelde der Industrie, wo jetzt Tausende fleißiger und tüchtiger Männer verbluten, mit christlichem Erbarmen rettend, helfend, heilend einzugreifen, so kann den Menschenfreund, wie den weisen Gesetzgeber die Bundesgenossenschaft der Sozialdemokratie nicht abhalten, das für unerläßlich Erkannte auch auszuführen. Nur wird man die Augen weit offen zu halten haben, daß nicht die Sozialdemokratie mit ungemessenen, mit unausführbaren Forderungen die Erreichung des löblichen Ziels hintertreibt. Denn nur ein geordneter und stetiger Fortschritt trägt die Bürgschaft des Bestehens in sich. Mit Leichtigkeit lassen sich alle möglichen Wünsche aussprechen, ohne daß nur ein einziger zu verwirklichen ist. Von diesem Standpunkte aus erklärt sich das Wettrennen der sozialdemokratischen Anträge um Ausdehnung des Gesetzes ins Nebelhafte hinein. Kann man doch den Arbeitern vorflunkern, wie man es noch weit besser mit ihnen gemeint habe. Daß in diesem Falle das Zuviel das Wenigere ist, verschweigt man dabei. Der urtheilsfähige Theil der Arbeiter wird es aber zu würdigen wissen, daß durch die bisherigen Beschlüsse des Reichstags zum Unfallversicherungsgesetz die Grundlage zu einer weittragenden Reform gelegt worden ist. Mit Dank acceptiren wir es, daß sich der Reichstag nicht auf die Reichsversicherung einließ, sondern diese Fürsorge den Einzelstaaten überwies, die Zweckmäßigeres, Gerechteres und Wohlthätigeres für die Arbeiter leisten werden, als der ungelenke, ungeschlachte Koloß einer Reichsanstalt.

Nachdem der vorige Reichstag die Erwerbung der Samoavorlage abgelehnt hat, ist dem jetzigen eine Denkschrift Bismarck's zugegangen, worin die Unterstützung des Reichs zur Errichtung direkter Dampferverbindungen nach Ostasien, Australien und Ozeanien begehrt wird. Auch Das schlägt in das System der sorglichen Pflege der Industrie des Vaterlandes ein, welche sich Fürst Bismarck vorgesetzt. Den Hansestädten ist leider der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie es an der nöthigen Umsicht und Energie fehlen ließen, unseren einheimischen Industrieerzeugnissen den genügenden Absatzmarkt in jenen Erdtheilen zu gewinnen. Was Deutschland dahin absetzt, setzt es zum guten Theile durch Vermittelung der Engländer und Franzosen ab. Unser Handel nach Ostasien hat sich zu Ungunsten dieser unserer Konkurrenten stetig vermindert. Es fehlten direkte regelmäßige Dampferlinien, welche die Besteller unserer Waaren in jenen Ländern schnell und sicher in den Besitz ihrer Aufträge setzten. War es nicht beschämend, daß Deutschland, um die für die Ausstellungen in Melbourne und Sidney bestimmten Artikel zur richtigen Zeit nach Australien zu bringen, kein eigenes Schiff in Hamburg dafür fand, sondern die theueren Dienste englischer Rheder in Anspruch nehmen mußte? Wenn für den Handel und die Industrie Deutschlands regelmäßige Dampferverbindungen nach den ostasiatischen Gewässern und dem Stillen Ozean nicht ohne Reichszuschuß bestehen können, so soll uns keine manchesterliche Schulweisheit abhalten, die Mittel zu bewilligen. In dem gesicherten Brode, in dem stetigen Verdienste, die hieraus für unsere Arbeiterbevölkerung entstehen, trägt das in solchen Reichssubventionen aufgewendete Geld reichlich Zinsen. Nebenher wird die Errichtung von Bank-Kommanditen am Stillen Ozean und die Begründung von Export-Kommissionshäusern in den Kreis der Betrachtung gezogen.

Das anfänglich aufgetauchte Gerücht, man habe es mit einer diplomatischen Krankheit des Fürsten Bismarck zu thun (um der Nothwendigkeit überhoben zu sein, seinen persönlichen Feind Fürst Gortschakoff nicht empfangen zu müssen), ist durch den Besuch des russischen Kanzlers bei seinem deutschen Collegen widerlegt worden. Nachdem Fürst Gortschakoff, auf seiner Rückreise nach Rußland, von Kaiser Wilhelm empfangen wurde, mußte sich auch Fürst Bismarck das Opfer auferlegen, mit diesem Widersacher zu plaudern. Besonders herzlich mag die Zusammenkunft freilich nicht gewesen sein. Wer von den Berliner Preßhusaren so oft als ein halb kindisch gewordener Greis dargestellt worden ist, wie Gortschakoff, hat seine eigenen Gedanken wie der, den die Moskowiter Preßkosaken mit ihren Lanzenstichen so empfindlich gepikt haben, wie Fürst Bismarck. Die Wendung der russischen Hofpolitik zum Slavismus, die neuerdings unverkennbar ist, wird auch nicht eine besondere Wärme der Begrüßung gezeitigt haben.

Die allgemeine Politik Europas trägt ein durchaus friedliches Gepräge. Der griechische Gesandte in Konstantinopel hat endlich die griechisch-türkische Convention über die Räumung der von der Pforte abzutretenden Gebietstheile unterzeichnet. Da an der Unterzeichnung keinen Augenblick mehr zu zweifeln war, so ist schwer erklärlich, warum gerade noch in diesen letzten Tagen von Athen so eifrig Nachrichten über allerlei Rüstungen und Truppenconcentrationen versandt wurden, es wäre denn, die griechische Regierung hätte sich selbst, die griechische Nation und die übrige Welt überzeugen wollen, daß es ihr gegebenen Falles nicht an Kraft noch Willen gebreche, Dasjenige mit den Waffen zu erringen, was ihr das Wohlwollen der europäischen Diplomatie zugesprochen. Es ist ohne Zweifel ein Glück für Griechenland und Europa, daß es nicht in dieser Beziehung zu einer ernsten Probe kam. Ein Theil der Orientfrage wäre nun glücklich, wenigstens für einige Zeit, zum Stillstand gebracht und vor Allem ist die Gefahr beseitigt, daß eine Reihe anderer Fragen durch die Nichtlösung der griechischen wieder in Fluß kommen möchten.

Nur die bulgarische Verfassungsfrage scheint sich nicht in Frieden ordnen zu wollen. Fürst Alexander I. springt von einem Extrem ins andere. Mit der jetzigen ultraradikalen Verfassung war freilich nicht länger zu regieren; ob aber gerade die Diktatur, mit der er sein Volk betrauen wollte, das richtige Mittel abgiebt, ist doch sehr zweifelhaft. Fürst Karl hat 5 Militärgouverneure eingesetzt, die dafür sorgen sollten, daß das Land nur solche Abgeordnete wählt, die ihm die Diktatur bewilligen. Er selbst bereiste in Gesellschaft des russischen Gesandten sein Land, um als Agitator für seine Diktatur zu wirken. Auf einmal unterbrach er diese Reise und ließ auch sofort den Bau des Residenzschlosses in Sophia einstellen, weil die rothe Opposition einen Aufstand organisirt. Die Führer dieser bulgarischen Nihilisten haben ebenfalls das Land nach allen Richtungen hin bereist und aufgewühlt. Es gilt als wahrscheinlich, daß Alexander, außer Stande der Bewegung Herr zu werden, sich entschließt, abzudanken und seinem neuen Vaterlande den Rücken zu kehren.

Es ist allmälig Gambetta klar geworden, daß er mit seiner Triumphreise nach Südfrankreich einen schweren politischen Fehler begangen hat. Die Speichelleckerei seiner Zeitungsschreiber, wie die Würdelosigkeit der hofmachenden Bevölkerung hat einen guten Theil der Republikaner tief verstimmt. Als Gambetta in der Kammer wieder erschien, regte sich keine Hand und kein Mund that sich auf, ihn zu bewillkommnen. Auch der Widerspruch, daß in Cahors der „große Bürger" sich für die Aufrechterhaltung des Senates aussprach und 24 Stunden später ihm das Sterbeglöckchen läuten läßt, weil derselbe die Dreistigkeit einer eigenen Meinung besitzt, trägt nicht zur Erhöhung des Ruhmes Gambetta's bei. Er hätte mit seiner pomphaften Reise warten sollen, bis er die Listenwahl auch im Senate durchgebracht hatte. Sollte auch für diesen Republikaner der tarpejische Felsen nicht weit vom Kapitol liegen?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 2. Juni.

Berlin. Reichstag. Die Berathung über das Unfallgesetz setzt heute bei der wichtigen Frage der Aufbringung der Prämien (Staatszuschuß oder nicht) ein. Nach der Regierungsvorlage sollte die Prämie vertheilt werden: bei einem Jahresverdienst bis mit 750 Mk. Arbeitgeber ⅔, das Reich ⅓; Jahresverdienst 750—1000 Mk. Arbeitgeber ⅔, Arbeitnehmer ⅓; Jahresverdienst über 1000 Mk. Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte. Die Kommission schlägt ohne Berücksichtigung des Verdienstes vor: ⅔ der Prämie vom Arbeitgeber, ⅓ vom Arbeitnehmer zu erheben. Freiherr von Hertling tritt für diesen von der Kommission gestellten Antrag ein, indem er die Industrie sehr wohl in der Lage glaubt, für ihre Schäden ohne (sozialistische) Staatshülfe aufzukommen. v. Kleist-Retzow will dagegen — vorläufig auf 5 Jahre — Staatszuschuß; er beantragt, daß der betr. Bundesstaat für den Arbeiter mit einem Jahresverdienste von 1000 Mk. und darunter das Prämiendrittel zahlen solle (die übrigen Zweidrittel soll der Arbeitgeber zahlen). Da die Armenlast vermindert werde, sei es nur in der Ordnung, wenn auch der Staat seinen Beitrag leiste. Unsere wackeren hausbackenen Arbeiter stellten nicht feinsühlige Erwägungen an, sie seien froh, wenn für sie etwas bezahlt werde. Thatsächlich würde in den niederen Verdienstklassen der dem Arbeiter zugewiesene Prämienantheil vom Arbeitgeber getragen werden müssen, denn der Arbeiter müsse einen Lohn haben, der für die nothwendigen Bedürfnisse ausreiche. Hasenclever vertritt den Antrag der Fortschrittler und Sozialisten, wonach der Arbeitgeber die volle Prämie zahlen solle. Mit dem Staatszuschuß falle zwar der sozialistische Gedanke. Wenn aber nicht alle Arbeiter in das Gesetz aufgenommen würden, dann sei der Staatszuschuß eine Schädigung der nicht mit aufgenommenen Arbeiter. Diese Art praktischen Christenthums komme ihm vor, wie das Verfahren des h. Crispin, der Leder stahl, um den Armen Schuhe daraus zu machen. Am allerwenigsten könne aber seine Partei für eine Mehrbelastung der Arbeiter stimmen, weshalb sie den Antrag Kleist dem der Kommission noch vorzöge. Winterer ist gegen jeden Staatszuschuß, ohne jedoch mit dem Prämien-Vertheilungsmodus der Kommission einverstanden zu sein. Er will für Elsaß-Lothringen eine Ausnahme insofern, als die dortige Landesgesetzgebung die Frage entscheiden soll. F. Richter fragt, wie Kleist und dessen Freunde aus dem Osten dazu kämen, den westlichen Industriekreisen eine Staatsunterstützung aufdrängen zu wollen, die jene gar nicht mögen, und sucht dann nachzuweisen, daß die Konservativen und Sozialdemokraten auf gleichem Boden ständen. Die Konservativen machten alle Schwenkungen Bismarck's mit; eine solche Partei denke nicht an ihre Zukunft, sie suche in der Gegenwart der Gesetzgebung abzuringen, was möglich. Das Unfallgesetz sei ein Wahlmanöver, Bismarck wolle gar nicht ernstlich sein Zustandekommen. Die Löhne seien zurückgegangen, die Lebensmittel im Preise gestiegen, unter solchen Umständen halte er eine neue Belastung der Arbeiter für ungerecht. Wenn man sich auf die Theorie der Abwälzung (Erhöhung des Existenzminimums und demgemäß Erhöhung der Löhne) verlasse, dann sei es doch das Einfachste, den Arbeitgeber gleich den vollen Prämiensatz entrichten zu lassen. Dr. Reichensperger-Olpe erklärt, das Centrum werde sich durch keinerlei Pression bestimmen lassen, für den Staatszuschuß zu stimmen. Die Entscheidung liege hoffentlich nicht in der Hand des Reichskanzlers, sondern im Bundesrathe, welcher kein Interesse habe, die Deficits der Einzelstaaten zu vermehren. Zu sagen: die deutsche Industrie sei nicht im Stande, für sie selbst aufzukommen, heiße ihr das Todesurtheil sprechen; dann möge man nur gleich zum Ackerbau- oder Hirtenstaat zurückkehren. Aber so weit sei es noch nicht. Bundes-Kommissar Dr. v. Bötticher bestreitet, daß die Bundesregierung bezüglich des Staatszuschusses eine Pression habe üben wollen. Um eine Ausbeutung einzelner Klassen handle es sich nicht, sondern um eine Einrichtung, deren Vortheile nicht Allen gleichmäßig zu Gute kommen, zu der aber aus der Staatskasse beigetragen werde; solche Einrichtungen gebe es viele. In Bezug auf die Grenze der zuzuziehenden Arbeiter sei die Regierung gern der Belehrung zugänglich. Wir bewegen uns auf einem ganz anderen Terrain; da sei es ganz in der Ordnung, wenn man gegenüber dem ungewissen Risiko einen Theil der Kosten solange auf die breiten Schultern des Staates übernehme, bis in die Verhältnisse Klarheit gekommen sei. Bamberger: Den Sozialismus probeweise auf 5 Jahre einzuführen, sei der originellste Gedanke in der Weltgeschichte. Die Tendenz der neuen Wirthschaftspolitik sei: viel nehmen, wenig geben. Dieser Entwurf sei die Probirmamsell für die Altersversorgung, diese die Vorbereitung zum Sozialstaat. Er verbreitet sich dann über die Prügelstrafe, die Hamburger Frage, St. Simon und den Ursprung des Sozialismus und singt schließlich das hohe Lied des „Manchester-Staates", der sich allein auf sittlichen Basen aufbaue, bis ihn endlich der Präsident ermahnt, zu § 13 zurückzukehren. Stumm gegen Staatsbeitrag. Die Arbeitgeber seien in der überwiegenden Mehrzahl der Ansicht, daß die Industrie ohne Beschwerniß für sich selbst aufkommen könne. Schlaper: Den kleinen Fabrikanten, sowieso schon schwer belastet, dürfe man nicht überbürden, wenn man ihn nicht ruiniren wolle. Mancher würde dann gern mit seinen Arbeitern tauschen. Der fortschrittliche Antrag wird gegen die Stimmen der Fortschrittler, Secessionisten und Sozialisten abgelehnt; in Namensabstimmung wird ferner abgelehnt der Staatszuschuß nach dem Antrage Kleist mit 185 gegen 139 Stimmen. Endlich findet § 13 in der Commissionsfassung gegen Fortschritt, Secession und Sozialisten angenommen. Für den Antrag Winterer finden sich nur 5 Stimmen. Die Berathung geht nun rasch vorwärts bis zu § 42, wozu Reichensperger-Olpe Unverpfändbarkeit der Forderungen (Entschädigungs-Berechtigter gegen die Landesversicherungsanstalt beantragt. Bei der Abstimmung über diesen Antrag ergiebt sich Beschlußunfähigkeit, worauf der Präsident die nächste Sitzung auf den 9. Juni anberaumt. (T.-O.: Innungsgesetz, Wollenweberstühle.)

Berlin. Während der Reichstagssitzung hielt auch der Bundesrath eine Sitzung ab, in welcher u. A. der Abschluß von Konsularverträgen mit Griechenland und Brasilien genehmigt wurden. Die am 30. Mai unterzeichnete Uebereinkunft mit Belgien wegen Regelung der Handelsbeziehungen fand kein Bedenken. — Der Reichskanzler ist immer noch leidend. Er verbrachte den gestrigen Tag auf dem Sopha liegend und kann nur die wichtigsten Besuche empfangen. — Am 7. Juni trifft der Fürst von Serbien am hiesigen Hofe ein. — Der Kultusminister erläßt einen bemerkenswerthen Erlaß. Derselbe nimmt Bezug auf die Ueberlastung vieler Gemeinden durch das Elementarschulwesen und hält es für geboten, daß auf kostspielige Verbesserungen des bisherigen Zustandes, auch wenn an sich wünschenswerth und nützlich so lange zu verzichten, bis der Staat nach vollständiger Durchführung der begonnenen Steuerreform in der Lage sein werde, den Gemeinden einen wesentlichen Theil der Schullast abzunehmen. Bamberger erhielt aus 61 Orten seines Wahlkreises ein Mißtrauensvotum für seine Haltung im Reichstage.

Graudenz. Bei dem Versuchsschießen auf der Festung Graudenz platzte heute Vormittag 11 Uhr unter den am Ziele mit der Aufnahme der Schußwirkung beschäftigten Militärpersonen eine Granate und tödtete drei Hauptleute, einen Oberfeuerwerker und einen Kanonier und verwundete den Obersten Sallbach, 2 Kanoniere und 1 Civilingenieur.

Pest. (Reichstagsschluß). Die Thronrede erklärt, daß in Folge der patriotischen Unterstützung des Reichstags es möglich wurde, daß ungeachtet neuer Lasten, wovon die Monarchie betroffen wurde, mit Vermeidung aller dem Staatskredit nachtheiligen Mittel, die außerordentlichen Ausgaben gedeckt der rückständige Theil der großen schwebenden Schuld eingelöst werden konnte. Die Thronrede erwähnt der Convertirung der Staatsschuld in einer für den Staat vortheilhaften Weise bei voller Wahrung der Rechte der Gläubiger und des Wiederaufbaues Szegedins unter beispielloser Sympathie der ganzen Welt.

Berliner Börse. Die steigende Bewegung wurde heute von Neuem wieder aufgenommen und entwickelte sich ein sehr umfangreicher Verkehr. Die Besorgnisse über die Lage der Pariser Börse scheinen also vorläufig beseitigt. Schluß etwas gedrückt. Oesterr. Credit 4, Franzosen 13, Lomb. 1 Pfk. besser. Eisenbahnen lebhaft gefragt und besser, so Mecklenburger, Oberschlesische, Galizier, Buschtiehrader, Dux-Bodenbacher ꝛc. Oesterr. Prioritäten still. Banken sehr fest, Disconto-Gesellschaft und Deutsche je 1 Proc. höher, Leipz. Credit gewannen gleichfalls 1 Proc., Dresdner Bank dagegen knapp behauptet. Deutsche Fonds still, fremde gut gefragt und höher, besonders Russen und Italiener. Von Bergwerken erhöhten sich Dortmunder um 1 Proc. Industrien nicht allentralben behauptet.

Lokales und Sächsisches.

— Der Kriegsminister v. Fabrice ist am Dienstag Abend von Berlin nach Dresden zurückgekehrt. Vormittags hatte derselbe noch der Parade des Garde-Corps bei Potsdam beigewohnt und später an dem darauf folgenden Dejeuner der Höchsten Herrschaften im Potsdamer Stadtschlosse theilgenommen. Am Montag Nachmittag hatte General v. Fabrice von Sr. Maj. dem Kaiser eine Einladung zu dem Parade-Diner im Schlosse erhalten.

— Orden. Stadtmusikdirector Fr. Hache in Pegau erhielt das Albrechtskreuz, die Gemeindevorstände Schindler in Clanzschwitz, Ebert in Deutschluppa und Fuhrmann in Ragewitz das allgemeine Ehrenzeichen.

— Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten, den 1. Juni. Gestern wurde an dieser Stelle mit wirklicher und berechtigter Freude verkündet, daß schon am 1. Pfingstfeiertage die Pferdebahn über die Augustusbrücke gehen und somit der Verkehr zwischen Alt- und Neustadt neue Flügel bekommen würde — aber gestern rechnete man ohne das Stadtverordnetenkollegium. Dieses faßte vorgestern Abend einen Beschluß, der zunächst dem Pferdebahnunternehmer die Lust gründlich benehmen muß, jetzt den Betrieb zu beginnen und der in der Bürgerschaft ganz